

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(39. - öffentliche - Sitzung am 2. Oktober 2024)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

dazu: Eingabe 00680/01/19

Der - mitberatende - Ausschuss behandelt zusammen mit dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ den Einzelplan 11 - Justizministerium - unter Einbeziehung der Mipla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung entgegen und führt die allgemeine Aussprache durch. Der Ausschuss behält sich die Einzelberatung in einer weiteren Sitzung vor.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der - mitberatende - Ausschuss behandelt den Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof - unter Einbeziehung der Mipla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung entgegen und führt die allgemeine Aussprache durch. Auf eine Einzelberatung verzichtet er.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Niedersächsische Landesbeauftragte oder den Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5318](#)

Der - federführende - Ausschuss kommt überein, diesen Gesetzentwurf künftig zusammen mit dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion in [Drs. 19/2451](#) zu beraten. Er bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen auch zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der Grünen Stellung zu nehmen. Ferner soll dem Landesbeauftragten für Opferschutz Gelegenheit gegeben werden, in einer der nächsten Sitzungen zu den Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen.

4. **Vertrauen in den Rechtsstaat stärken - Strafjustiz entlasten! Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens nach §§ 417 ff. StPO besser nutzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5311](#)

Der - federführende - Ausschuss bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.